

Zollrecht aktuell

Änderungen der Energiesteuer- und Stromsteuer-Durchführungsverordnung (Wegfall der Antragsfristen)

Februar 2025 (1)

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit unserem aktuellen Newsletter Zollrecht Aktuell – Februar 2025 (1) möchten wir Sie über die jüngsten Änderungen in der Energiesteuer- und Stromsteuer-Durchführungsverordnung informieren.

Diese Verordnungen konkretisieren und ergänzen das Energiesteuergesetz (EnergieStG) sowie das Stromsteuergesetz (StromStG) und regeln unter anderem die Fristen für die Beantragung von Steuerentlastungen. Vor dem Hintergrund des BFH-Urteils vom 29. August 2023 (VII R 1/23) und der Veröffentlichung des Bundesgesetzblatts (BGBl. 2024 I Nr. 445) am 30. Dezember 2024 ergeben sich bedeutende Änderungen, die seit dem 1. Januar 2025 in Kraft sind. Eine wesentliche Neuerung ist der Wegfall der bislang in den Verordnungen geregelten Antragsfristen für Steuerbegünstigungen.

In dieser Ausgabe beleuchten wir die Hintergründe des BFH-Urteils, die Auswirkungen des Wegfalls der Antragsfristen sowie die praktischen Konsequenzen für Unternehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Tervooren
Partner | Customs, Excise & International Trade

Patrick Kalski
Director | Customs, Excise & International Trade

Inhalt

Änderungen der Antragsfristen für Energiesteuer- und Stromsteuerentlastungen	2
In Kürze	2
Hintergrund und Inhalt des Urteils	2
Anwendung der Festsetzungsfrist gem. Abgabenordnung	3
Fazit	3
Service	4
Hinweis SAP GTS	4
Interimsabkommen (ITA) zwischen der EU und Chile	4
Veranstaltungen	4
Einladung zur 4. Fachtagung Trade Compliance	4
Über uns	5
Ihre Ansprechpartner	5
Redaktion	5
Bestellung	5



Änderungen der Antragsfristen für Energiesteuer- und Stromsteuerentlastungen

In Kürze

Die Energiesteuer- und die Stromsteuer-Durchführungsverordnung (DVO) dienen der konkreten Umsetzung und administrativen Handhabung des Energie- und Stromsteuergesetzes, indem sie insbesondere Regelungen zur Steuererhebung, zu Begünstigungen, Antragsfristen und Nachweispflichten festlegen.

Mit der am 30. Dezember 2024 veröffentlichten Vierten Verordnung zur Änderung der Energiesteuer- und Stromsteuer-DVO (BGBl. 2024 I Nr. 445), die zum 1. Januar 2025 in Kraft getreten ist, entfällt die bisherige Regelung zu festen Antragsfristen für bestimmte Steuerentlastungen. Künftig müssen Entlastungsanträge spätestens bis zum Ablauf der Festsetzungsfrist gemäß § 169 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Abgabenordnung (AO) beim zuständigen Hauptzollamt gestellt werden.¹ Diese Änderung erfolgte insbesondere vor dem Hintergrund des BFH-Urteils vom 29. August 2023 (VII R 1/23), das sich auf die Entscheidung des EuGH vom 22. Dezember 2022 (C-553/21) bezieht.

Hintergrund und Inhalt des Urteils

Mit Urteil vom 29. August 2023 (VII R 1/23) hat der Bundesfinanzhof (BFH) unter Bezug auf den unionsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz sowie das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 22. Dezember 2022 (C-553/21) klargestellt, dass Steuerbegünstigungen nach der Energiesteuerrichtlinie nicht allein aufgrund der Verletzung nationaler formeller Anforderungen verweigert werden dürfen. Entscheidend ist vielmehr, dass die tatsächliche Nutzung der Energieerzeugnisse nachgewiesen ist.

Das Urteil stellt fest, dass Steuerpflichtige auch dann einen Anspruch auf obligatorische oder fakultative Steuerentlastungen haben, wenn sie eine Antragsfrist versäumt haben – vorausgesetzt, der Antrag wird innerhalb der steuerlichen Festsetzungsfrist gemäß Abgabenordnung gestellt. Für nationale Steuerbegünstigungen, die nicht auf Unionsrecht beruhen, bleiben die regulären Antragsfristen jedoch weiterhin bestehen. In diesen Fällen führt eine verspätete Antragstellung grundsätzlich zum Ausschluss der Steuerentlastung.

Neue Regelungen zur Antragstellung

Die BFH-Entscheidung hat eine Änderung bei den Fristen für Steuerentlastungsanträge bewirkt. Für Steuervergünstigungen, die auf EU-Richtlinien beruhen², ist nun nicht mehr die in den nationalen Vorschriften festgelegte Frist maßgeblich, sondern ausschließlich die **steuerliche Festsetzungsfrist gemäß Abgabenordnung**. Solange diese noch nicht abgelaufen ist, kann ein Antrag auch nach Ablauf der bisher gesetzlich vorgesehenen Frist gestellt werden. Dies betrifft sowohl Entlastungsansprüche, die unmittelbar bei der Verwendung eines Energieerzeugnisses oder der Entnahme von Strom entstehen, als

¹ siehe bspw. § 11b Abs. 2 S. 4 Energiesteuer-DVO oder § 1d Abs. 2 S. 4 Stromsteuer-DVO

² hierunter fallen die Entlastungen nach § 46 EnergieStG, § 47 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2 Buchst. a) und Buchst. b), Nr. 5 Buchst. a und b und Nr. 6 EnergieStG, §§ 47a, 48, 49, 52, 53, 53a, 54, 55, 56, 57, 58, 58a und 59 EnergieStG sowie nach §§ 9b, 9c, 9d und 9e StromStG und §§ 12a, 12c, 12d und 14a StromStV

auch solche, die erst später durch eine nachweisliche Versteuerung begründet werden. Diese Rechtsauffassung wurde nun durch die aktuellen Änderungen der Energiesteuer- und Stromsteuer-DVO in die bestehenden Vorschriften integriert.

Anders verhält es sich laut BFH-Urteil jedoch bei Steuerbegünstigungen, die ausschließlich auf nationalem Recht basieren³. Hier sind die in den energie- und stromsteuerrechtlichen Regelungen genannten Antragsfristen weiterhin bindend. Wird ein Antrag nach Ablauf dieser Frist, aber vor Ablauf der Festsetzungsfrist gestellt, ist das Hauptzollamt grundsätzlich verpflichtet, ihn abzulehnen.

Bereits vorläufig gewährte Steuerentlastungen werden – wenn sie zutreffend festgestellt wurden - nur auf Antrag des Steuerpflichtigen für endgültig erklärt. Sind Änderungen erforderlich, ergeht ein Änderungsbescheid und die vorläufige Steuerfestsetzung wird durch das Hauptzollamt aufgehoben. In Folge können bereits gewährte Entlastungsbeträge zurückgefordert werden.

Das BFH-Urteil VII R 1/23 können Sie unter diesem [Link](#) abrufen, das EuGH-Urteil C-553/21 finden Sie [hier](#). Nähere Angaben als auch eine nähere Darstellung zu den Begriffen „fakultative Steuerentlastung“ und obligatorische Steuerentlastung“ sind auf der Homepage des Zolls – [hier](#) – näher dargestellt.

Anwendung der Festsetzungsfrist gem. Abgabenordnung

Seit dem 1. Januar 2025 werden die in den Energiesteuer- und Stromsteuer-Durchführungsverordnungen geregelten Steuerentlastungen nur noch gewährt, wenn der Antrag **spätestens bis zum Ablauf der Festsetzungsfrist gemäß § 169 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Abgabenordnung (AO)** beim zuständigen Hauptzollamt gestellt wird. Bisher galt, dass Steuerentlastungsanträge spätestens bis zum **31. Dezember des Folgejahres**, in dem die Steuer entstanden ist, eingereicht werden mussten.

Für Verbrauchsteuern und Verbrauchsteuervergütungen beträgt die Festsetzungsfrist gemäß **§ 169 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 AO** ein Jahr. Sie beginnt grundsätzlich gem. § 170 Abs. 1 AO mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden ist. Darüber hinaus enthält § 170 Abs. 2 Nr. 1 AO allerdings eine Ablaufhemmung, wonach die Frist abweichend von § 170 Abs. 1 AO mit Ablauf des Kalenderjahres beginnt, in dem die Steueranmeldung abgegeben wurde, sofern eine abzugeben ist.

Wir weisen darauf hin, dass eine Anwendung des § 170 Abs. 2 Nr. 1 AO im Einzelfall nicht auf Entlastungsanträge angewendet wird, wodurch die Festsetzungsverjährung mit Ablauf des 31.12. des auf die Verwendung folgenden Kalenderjahres eintreten würde (vgl. Urteil des BFH vom 26. September 2017 (VII R 26/16)). Um Auseinandersetzungen mit der Zollverwaltung vorzubeugen, sollten die Strom- und Energiesteuerentlastungsanträge daher im Idealfall weiterhin im Rahmen der bisher geltenden Antragsfristen eingereicht werden.

Fazit

Die jüngste Änderung der Energiesteuer- und Stromsteuer-Durchführungsverordnung, die vor dem Hintergrund des BFH-Urteils vom 29. August 2023 (VII R 1/23) unter Berücksichtigung der EuGH-Entscheidung vom 22. Dezember 2022 (C-553/21) erfolgte, hat die bislang festgelegten Antragsfristen für Steuerentlastungen in den vorbenannten Durchführungsverordnungen aufgehoben und der Rechtsprechung angepasst.

Die Festsetzungs- und damit Entlastungsfrist bei Erstattungsanträgen im Hinblick auf Strom/Energie ist dennoch weiter im Einzelfall zu prüfen.

Aus zuvor dargestellten Gründen empfehlen wir jedoch, die Strom- und Energiesteuerentlastungsanträge weiterhin bis zum 31. Dezember des auf die Verwendung bzw. die Entnahme folgenden Jahres einzureichen. Dieses Vorgehen beugt möglichen Diskussionen mit dem Hauptzollamt vor und stellt sicher, dass die Anträge in jedem Fall fristgerecht gestellt werden.

³ hierunter fallen die Entlastungen nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Nr. 3 und Nr. 5 Buchst. b) EnergieStG, § 51 EnergieStG und § 9a StromStG

Service

Hinweis SAP GTS

Welche Anforderungen bestehen an den Export in andere Länder oder Regionen? Wie können Sie sicherstellen, dass Sie alle neuen Zollvorschriften zeitgerecht umsetzen? Wie lassen sich die Prozesse schlanker gestalten oder komplett automatisieren? Die Anforderungen an den internationalen Handel wachsen stetig. Für Unternehmen ist es nicht leicht, in diesem Dschungel an Vorschriften den Überblick zu behalten. PwC ist Ihr Ansprechpartner für diese Themen. Wir bieten einen ganzheitlichen Beratungsansatz zu allen Aspekten des Zoll und Außenhandels – von der Strategie bis zur Umsetzung: **SAP GTS - einfach und günstig.**

Interimsabkommen (ITA) zwischen der EU und Chile

Am 1. Februar 2025 ist das Interimshandelsabkommen zwischen der EU und Chile in Kraft getreten. Wir möchten diesbezüglich insbesondere auf die präferenziellen Ursprungsregeln und die entsprechenden Herkunftsnachweise aufmerksam machen. Der Präferenznachweis ist seit dem 1. Februar 2025 durch eine **Erklärung zum Ursprung** nachzuweisen. Bei Sendungen mit Präferenzwaren über 6.000,--€ ist der Status des Ausstellers als Registrierter Ausführer (REX) erforderlich.

Nähere (englischsprachige) Informationen der EU-Kommission finden Sie [hier](#).

Veranstaltungen

Einladung zur 4. Fachtagung Trade Compliance

Gerne möchten wir Sie darüber informieren, dass PwC am 27. Mai 2025 die **4. Fachtagung Trade Compliance** im Experience Center in Frankfurt am Main veranstaltet.

Diese eintägige Veranstaltung bietet eine hervorragende Gelegenheit, sich über die neuesten Entwicklungen im Bereich Trade Compliance zu informieren und mit Experten und Kollegen aus der Branche zu vernetzen. Die Agenda der Fachtagung umfasst informative Vorträge und interaktive Workshops, die Ihnen helfen werden, sich mit Praktikern auszutauschen und neue Perspektiven zu gewinnen.

[Hier](#) können Sie sich für die Veranstaltung anmelden. Wir freuen uns darauf, Sie bei der Veranstaltung begrüßen zu dürfen!

Über uns

Ihre Ansprechpartner

Dr. Michael Tervooren
Tel.: +49 151 14261677
michael.tervooren@pwc.com

Patrick Kalski
Tel.: +49 151 16155570
patrick.kalski@pwc.com

Dagmar Obermeyer
Tel.: +49 40 6378-1084
dagmar.obermeyer@pwc.com

Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

Dr. Michael Tervooren
Tel.: +49 151 14261677
michael.tervooren@pwc.com

Dagmar Obermeyer
Tel.: +49 40 63 78-1084
dagmar.obermeyer@pwc.com

Bestellung

Interessenten können unseren Newsletter Zollrecht aktuell [hier](#) bestellen.

(Bitte auf der PwC Internetseite ganz nach unten scrollen).

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Februar 2025 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.
"PwC" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de